

## Eidgenössisch-Demokratische Union (EDU)

---

(sämtliche Quellennachweise finden sich in der gedruckten Fassung des SPJ)

1988.....	1
1989.....	1
1991.....	1
1992.....	2
1993.....	2
1994.....	2
1995.....	2
1996.....	3
1997.....	3
1998.....	3
1999.....	3
2000.....	4
2001.....	4
2002.....	4
2003.....	4
2004.....	4
2005.....	5

### 1988

Die 1975 gegründete **Eidgenössisch-Demokratische Union (EDU)**, welche nach eigenen Aussagen für eine staatliche Ordnung nach biblischen Grundsätzen eintritt, ist nunmehr in sieben Kantonen aktiv.

### 1989

Die stark religiös geprägte **Eidgenössisch-Demokratische Union (EDU)** wählte den bernischen Grossrat **Werner Scherrer** zum neuen Präsidenten. Er löste den während 10 Jahren im Amt gewesenen Peter Rüst ab.

### 1991

Die in neun Kantonen (BE, ZH, VD, SH, BS, AG, SO, BL, GL) existierende EDU, welche eine Politik auf der Basis von christlichen und rechts-konservativen Werten verfolgt, bekämpfte im Berichtsjahr das revidierte Sexualstrafrecht durch die Ergreifung des Referendums; die Partei lehnte von den eidgenössischen Abstimmungen die Vorlage zum Stimm- und Wahlrechtsalter 18 ab. Im Bereich der Europapolitik nahm die EDU eine isolationistische Haltung ein und warnte vor einer Selbstaufgabe der Schweiz. Mit ihrem Parteipräsidenten Werner Scherrer ist die EDU dank einem Sitzgewinn im Kanton Bern erstmals im Nationalrat vertreten; gesamtschweizerisch erreichte die EDU, welche in fünf Kantonen kandidierte (ZH, BE, BS, SH, AG) 1,0% Wähleranteil, im Kanton Bern 3,4%.

## 1992

Die EDU bekämpfte erfolglos **die Revision des Sexualstrafrechts**, gegen welche sie im Vorjahr, unterstützt von konservativen Walliser Kreisen, das Referendum eingereicht hatte. Den von ihr abgelehnten Beitritt der Schweiz zum EWR bezeichnete die EDU als Verrat der Heimat.

## 1993

Die EDU unterstützte trotz europapolitischen Bedenken die Mehrwertsteuervorlage, allerdings nur den tieferen Satz und die Umwandlung der Zölle in Verbrauchssteuern.

Die EDU des Kantons Bern machte von sich reden, als sie die neue bernische Verfassung zur Ablehnung empfahl, weil der Begriff "Gott" nicht explizit in der Präambel erwähnt ist.

## 1994

Die EDU gründete in Genf und Fribourg je eine weitere kantonale Sektion. Damit ist sie neu mit vier Kantonalsektionen in der Romandie vertreten.

Bei den **eidgenössischen Abstimmungen** kämpfte die EDU unter anderem gegen den Kulturförderungsartikel, die UNO-Blauhelmtuppen und das Krankenversicherungsgesetz. Zum Verbot der Rassendiskriminierung beschloss sie Stimmfreigabe; ihre grösste Kantonalsektion (Bern) empfahl ein Ja.

Bei den **kantonalen Wahlen** gewann die EDU im Kanton Bern einen Sitz hinzu, womit sie auf insgesamt drei kommt.

## 1995

Die EDU wählte mit dem bernischen Grossrat **Christian Waber** einen neuen Präsidenten. Er löste EDU-Mitgründer und Nationalrat Werner Scherrer (BE) ab, der die Partei während sechs Jahren geleitet hat.

In ihrem auf biblischen Grundsätzen beruhenden Wahlprogramm legte die EDU den Schwerpunkt auf gesellschaftliche Fragen und sprach sich etwa gegen Abtreibung und die Ausbeutung der Frau durch die Werbung sowie für eine repressive Drogenpolitik aus. Der Gentechnologie steht sie sehr kritisch gegenüber. In der Europafrage sprach sich die Partei **gegen** einen **EU-Beitritt**, aber für bilaterale Verhandlungen aus.

Zu Beginn des Jahres lancierte die EDU eine Petition "Für die Förderung gesunder Familien und gegen die Gleichstellung **gleichgeschlechtlicher Paare**". Geschützt werden sollen damit gemäss der Partei die Grundzellen des Staates Ehe, Familie und Kinder.

Die EDU, die im Berichtsjahr ihr 20jähriges Bestehen feierte, verfolgte ihren Expansionskurs weiter und gründete **neue Sektionen** in Graubünden, der Zentralschweiz und dem Jura, womit sie

nun in 21 Kantonen etabliert ist. Auf eidgenössischer Ebene stagnierte die Kleinpartei mit einem Nationalratsmandat, verzeichnete aber einen leichten Wählergewinn.

## 1996

Neben Gewerkschaften, SP, Grünen und EVP trug auch die EDU das Referendum gegen das revidierte Arbeitsgesetz mit und sprach sich gegen "grenzenlose Konsummöglichkeiten" und eine weitere "**Sonntagsenteiligung**" aus.

Wie die EVP sprach sich auch die EDU vehement gegen eine Zulassung der **Abtreibungspille** RU 486 aus und drohte mit Boykottmassnahmen gegen die Hersteller.

## 1997

Der einzige Nationalrat und Mitbegründer der EDU, Werner Scherrer (BE), trat aus dem Nationalrat zurück und liess sich durch **Christian Waber** ersetzen, der seit 1995 Präsident der EDU Schweiz ist.

Einer 1995 mit 88 000 Unterschriften eingereichten Petition "Für die Förderung gesunder Familien und **gegen die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare**" der EDU gab der Ständerat keine Folge. Nur die Forderung, die Grundzellen des Staates (Ehe, Familie und Kinder) seien zu schützen, überwies er dem Bundesrat zur Kenntnisnahme.

Bei den **kantonalen Wahlen** konnte die EDU im Aargau mit einem Sitz neu ins Parlament einziehen.

## 1998

Die Eidgenössisch-Demokratische Union ergriff das **Referendum gegen den Bundesbeschluss über die ärztliche Verschreibung von Heroin**. Die Delegierten fällten diesen Entscheid an ihrer Versammlung vom 24. Oktober in Olten aus Besorgnis über die verhängnisvolle Entwicklung der Drogenpolitik.

Bei den **kantonalen Wahlen** eroberte die EDU in ihrer Hochburg Bern einen Sitz hinzu und ist neu mit vier Mandaten im Parlament vertreten.

## 1999

Die Eidgenössisch-Demokratische Union EDU reichte im Januar das **Referendum gegen die Weiterführung der kontrollierten Heroinabgabe** ein. In der Volksabstimmung unterlag sie dann aber.

Im **Nationalrat** ist die Partei weiterhin mit ihrem Präsidenten Christian Waber (BE) vertreten.

## 2000

Die EDU fasste an ihrer Delegiertenversammlung vom April die **Nein-Parole zu den bilateralen Verträgen mit der EU**.

Im Oktober beschloss die EDU die Lancierung einer **Volksinitiative zur Krankenversicherung**. Diese verlangt, dass die Leistungen der obligatorischen Grundversicherung abschliessend auf Gesetzebene aufgezählt werden müssen. Die EDU erhofft sich von dieser Festlegung durch das Parlament, dass in Zukunft insbesondere die Kosten für Schwangerschaftsabbrüche, staatliche Heroinabgabe und Folgeschäden von Tabak- und Alkoholkonsum nicht mehr durch die Grundversicherung gedeckt werden.

Der EDU gelang bei den **Parlamentswahlen im Kanton Thurgau** mit einem Sitz der Einzug ins Parlament.

## 2001

Die Delegierten der EDU wählten an Stelle des zurücktretenden Berner Nationalrats Christian Waber den Ostschweizer **Hans Moser** zum **Parteipräsidenten**. Moser war zuerst Mitglied der FDP, dann der EVP gewesen. Als diese die Ja-Parole zum EWR beschloss, gründete er mit Gleichgesinnten die EDU St. Gallen.

Weil die EDU im Bistumsartikel einen Garanten für den konfessionellen Frieden in der Schweiz sah, sprach sie sich gegen dessen Aufhebung aus. Bei den **Parlamentswahlen im Aargau** konnte die EDU ihren 1997 gewonnenen Sitz nicht halten.

## 2002

Die 2000 lancierte **Volksinitiative** der EDU "für eine minimale Grundversicherung mit bezahlbaren Krankenkassenprämien" **kam nicht zustande**.

Bei den **Parlamentswahlen im Kanton Bern** konnte die EDU ihre bisherigen vier Sitze halten.

## 2003

Im Januar beschlossen die Delegierten der EDU, gegen eine allfällige Einführung einer eingetragenen Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare das **Referendum** zu ergreifen.

In den **Nationalratswahlen** eroberte die EDU zwei Sitze, einen im Kanton Bern und neu einen im Kanton Zürich. In den Zürcher Kantonsratswahlen konnte sie ihr einziges Mandat verteidigen.

## 2004

Die Delegierten der EDU empfahlen die **Initiative für die lebenslange Verwahrung extrem gefährlicher Straftäter** zur **Annahme**. Das Ja zum Steuerpaket im Frühling fiel mit 30:25 Stimmen bei 5 Enthaltungen knapp aus, das Ja zur Einführung des Mutterschaftsurlaubs im

Herbst mit 32:22 Stimmen etwas deutlicher. Die beiden Einbürgerungsvorlagen wurden klar abgelehnt, ebenso die Post-Initiative.

Einmal mehr sprach sich die EDU **gegen registrierte Partnerschaften von gleichgeschlechtlichen Paaren** und gegen die Entkriminalisierung des Drogenkonsums aus. Falls sie mit ihrer Haltung nicht durchdringe, werde sie das Referendum ergreifen.

Im **Thurgau** konnte die EDU ihren Sitz im Grossen Rat verteidigen, in der Stadt Bern schaffte sie den Sprung nach vier Jahren wieder zurück in die Legislative.

## 2005

Die EDU unterstützte die **Referenden** gegen das Polizei- und Asylabkommen von Schengen und Dublin und gegen die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Länder. Dementsprechend empfahl sie, die Vorlagen in der Volksabstimmung abzulehnen. Zum Partnerschaftsgesetz gab sie die Nein-Parole heraus, da ihrer Meinung nach nur die Ehe als staatstragende Institution geschützt werden soll. Negativ beurteilte sie auch die Sonntagsverkäufe in Zentren des öffentlichen Verkehrs, das Gentech-Moratorium in der Landwirtschaft hiess sie hingegen gut.